

Kleine Demokratien

Alica Reffelmann
Matr.Nr.: 1598838
B.A. Sozialwissenschaften
HK/ PD Dr. Bandelow

Protokoll zur Sitzung vom 7.7.2004

Makedonien zählt mit 2,1 Millionen Einwohnern und einer Fläche von 26.000 Quadratkilometern zu den kleinsten Ländern Europas. Unabhängig wurde Makedonien am 8. September 1991, nachdem 95% der Bevölkerung für diesen Beschluß gewählt hatten. Die faktische Unabhängigkeit bekam das Land allerdings erst am 27. März 1992, nachdem sich die jugoslawische Volksarmee aus Makedonien zurückgezogen hatte. Eine andere Alternative um eine eigenständige Republik zu werden, wäre ein erneuter Beitritt zu einem jugoslawischen Staatenbund gewesen. Von 1991 bis heute kann man Makedonien eigentlich eine Verhandlungsdemokratie nennen, während man in der Zeit von 1991 bis 1995 eher von einem konkordanzdemokratischen System sprechen muß, da in dieser Zeit die innen- und außenpolitischen Themen von allen Parteien und dem Präsidenten gemeinsam behandelt wurden. Diese Züge wurden während der System- und Staatskrise 2001 noch weiter gestärkt.

Makedonien ist ein multinationaler Staat. Ein großes Problem des Landes besteht deshalb in der ethnischen Zusammensetzung. Die slawischen Makedonier stellen mit 66,5% den größten Bevölkerungsanteil dar, gefolgt von den Albanern mit 22,9%. Andere Minderheiten sind Türken, Roma, Serben und Muslime. Vor allem zwischen den Albanern und den Makedoniern besteht ein sehr angespanntes Verhältnis was nur auf höchster politischer Ebene beiseite gelegt wird. Dieser Aspekt beschreibt eine wichtige Konfliktlinie, die andere besteht zwischen den Postkommunisten und den Altkommunisten. Makedonien kann demnach nicht als eine Gesellschaft sondern muß als zwei nationale Teilgesellschaften angesehen werden. Neben der sehr instabilen ökonomischen Lage des Landes, mit einer Arbeitslosenquote von 32,5%, ist der Konflikt zwischen den beiden ethnischen Gruppen der größte Destabilisierungsfaktor Makedoniens. Zwar wurden in der Verfassung von 1991 neue Regelungen zu Minderheitenfragen getroffen, doch auch dadurch konnten die Probleme nicht gelöst werden.

In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit hatte der Staatspräsident Kiro Gilgorov mehr politische Macht, als ihm verfassungsrechtlich zustand. Aus diesem Grund sprach man schon fast von einer Präsidialdemokratie. Die Stellung des Präsidenten sollte jedoch genau umgekehrt sein, sein Einfluß sollte eher schwach sein. So hat er weder das Recht das Parlament aufzulösen, noch verfügt er über einen eigenen Verwaltungsapparat. Er wird in allgemeinen, geheimen und unmittelbaren Wahlen für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt, wobei die Möglichkeit einer zweimaligen Wiederwahl besteht. Um im ersten Wahlgang zu siegen ist die absolute Mehrheit der Stimmen aller Wahlberechtigten nötig. Falls diese nicht erreicht wird, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden erfolgreichsten Kandidaten.